



CDU

LANDTAGSFRAKTION
BADEN-WÜRTTEMBERG

Thomas Oeben
Fraktionssprecher
Telefon (0711) 2063-820
Mobil: 0173 212 0 232
thomas.oeben@cdu.landtag-bw.de
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

2. Januar 2018

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 1/2018

**Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL und
wirtschaftspolitischer Sprecher Claus Paal MdL fordern dringend notwendige
Vertiefung der deutsch-amerikanischen Beziehungen:**

„Wir fordern die neue Bundesregierung auf, die deutsch-amerikanische Freundschaft wieder stärker in den Fokus zu nehmen. Wir müssen anerkennen, dass die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik, die grundsätzlich sehr gut sind, innerhalb der letzten Jahre vernachlässigt wurden. Die USA sind Deutschlands größter Exportmarkt und Eckpfeiler unserer Sicherheit. Wir müssen die Beziehungen zu diesem Land aktiv pflegen – auf allen gesellschaftlichen Ebenen.“

Die USA sind unser wichtigster und engster Wirtschaftspartner. In kein anderes Land exportiert die baden-württembergische Wirtschaft mehr als in die USA (Erster Platz mit Ausfuhren in Höhe von 23,4 Milliarden Euro in 2016).

Gerade in Zeiten der Präsidentschaft von Donald Trump ist es wichtig, dass die Freundschaft zwischen den Partnern eng ist und gemeinsam Probleme angegangen werden.

In zahlreichen Gesprächen mit Stiftungsvertretern, Institutionsvertretern und Generalkonsuln beider Länder wurde deutlich, dass die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik wieder vermehrt gepflegt und auch ausgebaut werden müssen. Austauschprogramme müssen proaktiv beworben werden, die Schließung von Goethe-Institute überprüft und Kooperationen zwischen gesellschaftlichen Gruppen – beispielweise im Bereich Kunst, Kultur, Sport – wiederbelebt werden. Grundlage hierfür wären politische Besuche und Kooperationen im Bereich der internationalen kulturellen Zusammenarbeit.

Wir denken hier an die Intensivierung politischer Besuchstätigkeit in der Fläche der USA, Kulturprojekte zwischen Theatern oder Ballettensembles. Dazu sollten wir auch das von der Bundesregierung ab Herbst 2018 geplante Deutschlandjahr in den USA zur politischen und wirtschaftlichen Kontaktpflege nutzen.

Dazu sind politische Bemühungen notwendig, die von der künftigen Bundesregierung baldmöglichst anzugehen sind.“